

**Martin Schirdewan**



Listenplatz 1, Thüringen

**Liebe Wählerinnen und Wähler,**

alle Menschen haben das Recht darauf, frei von Armut und Existenznot zu leben. Doch dieses Recht muss jeden Tag wieder erkämpft werden. Deshalb streite ich für armutsfeste Mindestlöhne und für eine europäische Arbeitslosenversicherung.

Wir müssen mit der Spar- und Kürzungspolitik brechen, die die Ungleichheit zwischen Arm und Reich immer weiter vergrößert hat. Denn wir wissen, Europa geht nur solidarisch.

Ich stehe klar für eine antifaschistische Politik. Denn Menschenrechte, Demokratie und Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar.

Als Spitzenkandidat für DIE LINKE kämpfe ich dafür, dass die EU endlich die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt.

Ihr

*M. Schirdewan*

**Am 26. Mai 2019**



**DIE LINKE.**



**Martin Schirdewan**

DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030/24 00 99 99  
Fax: 030/24 00 95 41

[martin.schirdewan@ep.europa.eu](mailto:martin.schirdewan@ep.europa.eu)  
[www.martin-schirdewan.eu](http://www.martin-schirdewan.eu)

V.i.S.d.P. Jörg Schindler

Bildnachweise: onair/khuruzero/7Crafts/Von AlexLMX/Shutterstock, Lichtfexx/Adobe Stock, BBGK Berliner Botschaft, Porträt: Uwe Völkner  
Konzept und Gestaltung: BBGK Berliner Botschaft

**Martin Schirdewan**

**Macht Europa  
sozial**

**DIE LINKE.**

[www.europa-nur-solidarisch.de](http://www.europa-nur-solidarisch.de)

## Mindestlöhne rauf



Die Mindestlöhne müssen in allen Ländern der EU steigen. Armutslöhne wollen wir verbieten. In Deutschland fordern wir: kein Lohn unter 12 Euro. Es muss die Regel in der EU durchgesetzt werden, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird. Unternehmen, die öffentliche Aufträge übernehmen, müssen Mindestlohn und Tarif zahlen. DIE LINKE will: starke Gewerkschaften, starke Beschäftigte, gute Löhne, mehr Zeit zum Leben. Für alle.

## Konzerne zur Kasse



Der Reichtum in Europa explodiert. Gleichzeitig wächst die Armut. Konzerne machen Gewinne von Milliarden Euro im Jahr, bezahlen aber kaum Steuern. Wir wollen Mindeststeuern für Konzerne und hohe Vermögen überall in Europa einführen. Steueroasen legen wir trocken. Die Strafen für Steuerhinterziehung von Banken und Konzernen wollen wir verschärfen. Den Digitalkonzernen wie Google und Amazon sagen wir: zur Kasse!

## Saubere Energie fördern



Es ist fünf vor 12. Wir können das Klima retten. Wenn wir jetzt europaweit Regeln für saubere Energie durchsetzen. Wir wollen die schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa sofort abstellen – spätestens 2030 sind alle vom Netz. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. DIE LINKE will kostenfreien Nahverkehr fördern. Wir bauen die europäische Bahn aus: gut und bezahlbar. Wir wollen umweltfreundliche Landwirtschaft fördern: regional und mit kurzen Transportwegen.

## Waffenexporte stoppen



Die EU plant mehr Geld in Rüstung zu stecken und weniger in die Förderung von guten Lebensverhältnissen. Wir sagen Nein! Aufrüstung und eine zusätzliche europäische Armee schaffen keinen Frieden. DIE LINKE will abrüsten und eine friedliche Außenpolitik. Aus der EU werden die meisten Waffen exportiert. Sie befeuern die Kriege und schaffen Fluchtursachen. Wir wollen Waffenexporte verbieten und die Ursachen von Flucht bekämpfen.

## Menschen retten



Wir lassen Menschen nicht ertrinken! Das Seerecht muss wieder gelten: Menschen aus Seenot zu retten, ist Pflicht. Wir wollen sichere Fluchtwege. Menschenrechte müssen durchgesetzt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, erhalten zusätzliche Mittel für Bildung und bezahlbaren Wohnraum für alle. Öffentliche Infrastruktur braucht ausreichend Geld. Rassismus stellen wir uns in den Weg – überall in Europa.

## Bezahlbare Wohnungen schaffen



Die Mieten in vielen Städten in Europa explodieren. Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen. DIE LINKE will öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Alle Länder in der EU müssen so viele bezahlbare Wohnungen bereitstellen, wie benötigt werden. Wir wollen eine wirksame Mietpreismbremse: Immobilienkonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen wollen wir in öffentliches Eigentum überführen.